

Kein Bruch mit der *Françafrique*

Die Neuorientierung der Afrika-Politik hat nicht stattgefunden

Ortwin Ziemer*



Allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz betrachtet Frankreich Afrika noch immer als seine angestammte Einflusszone und als Mittel zur Durchsetzung einer Machtstellung, die der *grande nation* anderswo in der Welt seit langem definitiv verloren gegangen ist. Der 2007 von Nicolas Sarkozy versprochene Paradigmenwechsel hat nicht stattgefunden.

Le maintien de la *Françafrique*

Le discours prononcé par Nicolas Sarkozy à l'université de Dakar, en juillet 2007, quelques semaines après son élection, annonçait une nouvelle ère des relations avec l'Afrique. Ces propos avaient été accueillis avec scepticisme sur le continent noir. Le président, qui avait qualifié d'erreur la colonisation, avait en effet dans le même temps souligné que le drame de l'Afrique venait du fait qu'« *elle vit trop le présent dans la nostalgie du paradis perdu de l'enfance* ». Et il avait ajouté : « *Dans cet imaginaire où tout recommence toujours, il n'y a de place ni pour l'aventure humaine ni pour l'idée de progrès* ».

Rapidement, l'Elysée a dû corriger sa politique : deux exemples récents montrent que la France n'a pas abandonné les grandes lignes de sa politique africaine, à savoir l'intervention de l'armée française en Côte d'Ivoire en 2011 (qui a permis l'arrestation du président sortant Laurent Gbagbo, lequel refusait de céder le pouvoir alors qu'il avait été battu par son adversaire Alassane Ouattara lors du scrutin présidentiel) et l'engagement militaire voulu par Nicolas Sarkozy en personne contre les forces libyennes dans le cadre d'une mission de l'OTAN avec l'accord des Nations-Unies. La France de Sarkozy a gardé son influence en Afrique.

Réd.

Am Ostersamstag 2011 machte Tiburce Koffi, Dissident, Journalist und Schriftsteller, anfangs jedoch Kulturberater des ehemaligen starken Mannes der Elfenbeinküste Laurent Gbagbo, in der *France-Culture*-Sendung *La rumeur du monde* eine Bemerkung, die zumindest aufhorchen ließ: Entgegen dem vermeintlich politisch korrekten Diskurs, die früheren europäischen Kolonialmächte seien aufgrund im Moment der Unabhängigkeit willkürlicher Grenzziehungen und anderer Spätfolgen des Kolonialismus nach wie vor für den Großteil der Schwierigkeiten in Afrika verantwortlich, vertrat er die Ansicht, die Afrikaner müssten endlich ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Sonst bräuchten sie sich nicht zu wundern, wenn andere an ihrer Stelle die Ressourcen ihrer Heimat ausbeuteten und sie zudem weltweit als unfähig betrachtet würden, ihre inneren Konflikte selbst zu lösen. Sollte sich dies jedoch als unmöglich erweisen – wie im Falle der ivoirischen Krise infolge des Machtkampfes zwischen dem Amtsinhaber Laurent Gbagbo und dem international als Wahlsieger anerkannten klassischen Opponenten Alassane Ouattara zwischen November 2010 und April 2011 und der erfolglosen Vermittlung der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft – solle man jedoch unumwunden eine Intervention der internationalen Gemeinschaft anfordern, zur Not eben auch mit militärischen Mitteln. Genau dies geschah denn auch Anfang April 2011 mit dem vereinten Vorgehen der Vereinten Nationen und der französischen

* Ortwin Ziemer lebt als Presse-Korrespondent und Lehrer französischer Europa- und Abibac-Klassen auf Réunion.

Eingriffstruppe Licorne zugunsten Ouattaras, die die Verhaftung des als Usurpator betrachteten Gbagbo in seinem Präsidentenbunker in Abidjan erlaubte.

Daraus ergeben sich etliche Fragen:

- Bedeutet dies nun einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel in der französischen Afrika-, wenn nicht gar Außenpolitik überhaupt?
- Wie verhält es sich mit den entsprechenden Verhaltensmustern der EU, der NATO und der UNO?
- Handelt es sich beim französischen Standpunkt in Bezug auf die Teilnahme Frankreichs an der von der UNO absegneten und von der NATO durchgeführten Luftintervention in Libyen und am Sturz Gaddafis, zur dem Paris maßgeblich beigetragen hat, nur um einen klassischen Fall von Realpolitik, also ein Anpassen Sarkozys an die neuen Gegebenheiten des arabischen Frühlings?
- Kann diese neue Einstellung nach der mehr als zögerlichen und für exponierte Regierungsmitglieder mehr als kompromittierenden französischen Haltung während der Revolution gegen das Ben-Ali-Regime in Tunesien und dem im Rückblick sehr peinlichen pompösen Empfang Gaddafis im Elysée drei Jahre zuvor als eine glaubwürdige Kurskorrektur erscheinen?
- Oder geht es vielmehr um ein wirkliches Umdenken bezüglich des ehemaligen (nord)afrikanischen Hinterhofs?
- Inwieweit kann es gelingen, sowohl der EU als auch der UNO (und wohl mehr gezwungenermaßen momentan eben auch der NATO) eine deutlich interventionistischere und aktivere Rolle in Afrika und darüber hinaus zuerkennen zu wollen als bisher und dabei eine deutlich akzentuierte Führungsrolle spielen zu wollen, nachdem bisher die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten als souverän geltender Staaten als oberste Leitlinie galt, die Militäreinsätze bestenfalls vor humanitärem Hintergrund zuließ?

Unbehagen nach der Antrittsrede

Der Einsatz an der Elfenbeinküste, der mit dem Sturz Gbagbos ja noch keinesfalls beendet sein dürfte, und die Abwesenheit eines wirklich geeigneten EU-Auftretens in Libyen lassen Zweifel auf-

kommen. Als der frisch gewählte Präsident Sarkozy am 26. Juli 2007 an der Universität Dakar eine programmatische Rede hielt, mit der er bewusst die französisch-afrikanischen Beziehungen auf eine neue solide Grundlage zu stellen gedachte, kamen bereits erste Zweifel auf, ob der neue Amtsinhaber fähig sein würde, den angekündigten konzeptuellen Bruch in der französischen Afrika-Politik auch wirklich zu vollziehen, oder ob sich vielmehr die unterschwellig, von den Afrikanern seit langem angeprangerten Schattenseiten dieser Beziehungen fortsetzten würden. Denn Sarkozys Ansprache hatte bei seinen Gastgebern sichtliches Unbehagen ausgelöst. Sehr wohl hatte er auf Anraten seines Sonderberaters Henri Guaino, der als Ghostwriter Pate stand, explizit die Kolonisierung des schwarzen Kontinents als „Fehler“ bezeichnet (nicht mehr und nicht weniger), jedoch des weiteren wörtlich erklärt: *„Das afrikanische Drama rührt von der Tatsache her, dass der afrikanische Mensch nicht ausreichend in die Geschichte eingetreten ist. Afrikas Problem ist, dass es gegenwärtig noch immer zu sehr in der Nostalgie des verlorenen Paradieses der Kindheit lebt. In dieser Vorstellungswelt, wo alles stets von neuem beginnt, gibt es weder für das menschliche Abenteurer noch für die Idee des Fortschritts einen Platz.“*

Diese Rede hinterließ bei vielen führenden Beobachtern und Politikern in Afrika einen schalen, wenn nicht bitteren Beigeschmack: Konnte so die Ankündigung einer grundlegenden Erneuerung gleichberechtigter Beziehungen aussehen, wenn der neue Hausherr des Elysée den Afrikanern quasi absprach, reif genug zu sein, das eigene Schicksal selbst in die Hand zu nehmen? Nicolas Sarkozy ist es in der ersten Hälfte seiner Amtszeit sichtlich nicht gelungen, das selbst gesteckte Ziel einer überzeugenden Neubegründung seiner Afrika-Politik zu erreichen. Frankreichs Einladung nach Paris zu den Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestages der Unabhängigkeit der meisten Staaten des früheren französischen Kolonialreiches am französischen Nationalfeiertag 2010 wollte Sarkozy nun bewusst als neuen Ausgangspunkt nutzen und proklamieren, den angekündigten Bruch mit den zweifelhaften Praktiken der *Françafrique* nun tatsächlich glaubwürdig zu vollziehen.

Durchsetzung der Machtstellung

Einige Fragen bleiben zweifellos offen. Im Zuge der stärkeren Einbeziehung in die Verantwortlichkeit wollte Nicolas Sarkozy einen größeren Beitrag der afrikanischen Staaten zur Friedensbewahrung auf dem eigenen Kontinent erreichen. In diesem Sinne setzte er bewusst auf eine Intensivierung des RECAMP-Programms, das Frankreich zu Beginn der 1990er-Jahre initiiert hatte und in dessen Rahmen die Militärbeiträge, aber vor allem auch die politische Rolle der Afrikaner in diesem Rahmen verstärkt werden sollten und wobei Europäer, Amerikaner und UNO lediglich noch helfen sollten, die internationalen Rahmenbedingungen zu sichern. In diesem Kontext sollten substantielle französische Truppenrückzüge erfolgen und die bilateralen Militärabkommen zwischen Paris und den afrikanischen Staaten neu ausgehandelt werden. Tatsache ist aber, dass sich die diesbezüglichen Verhandlungen derzeit bestenfalls im Anfangsstadium befinden und Frankreich im Jahre 2011, wie auch schon direkt nach Sarkozys Amtsübernahme, in Dschibuti mit mehr als 3 000 Mann nach wie vor seine größte Militärbasis in Afrika unterhält. Das genannte Programm steht zwar bewusst allen afrikanischen Ländern offen, und nicht nur den Ländern des französischsprachigen Teils des Kontinents. Man kann sich allerdings einerseits dennoch nicht gänzlich des Eindrucks erwehren, dass Paris Afrika zumindest in gewissem Maße noch immer als seine angestammte Einflusszone – und dies sowohl im klassisch geopolitischen und wirtschaftlichen, als auch im kulturellen Sinne – und als Mittel zur Durchsetzung einer Machtstellung betrachtet, die auf dem schwarzen Kontinent durch aufstrebende Schwellenländer wie Brasilien und Indien, namentlich aber vor allem China, immer mehr in Frage gestellt wird.

Dies zeigt andererseits wiederum, dass das Frankreich der Ära Sarkozy immer noch sehr große Mühe hat, sich einer unvermeidlichen Einsicht zu stellen: *Quai d'Orsay* und Elysée werden nicht umhinkommen, die Afrikapolitik nicht mehr als ein besonderes Politikfeld mit eigenen spezifischen Regeln und Gewohnheiten, sondern endlich als normalen Teil der herkömmlichen Außen-

politik zu betrachten. Nicolas Sarkozy hatte zwar gleich nach seinem Amtsantritt angekündigt, diesen Politikbereich künftig nicht mehr als persönlich dem Staatsherrn reserviertes Vorrecht zu betrachten und für parlamentarische Kontrolle und Transparenz zu sorgen.

Kaum mehr als Lippenbekenntnisse

Doch obgleich der Staatspräsident dies beim 25. französisch-afrikanischen Gipfel in Nizza im Mai 2010 noch einmal ausdrücklich bestätigt hat, ist es bei kaum mehr als nur Lippenbekenntnissen geblieben. Eine eigens zu diesem Zweck bereits 2007 eingesetzte Parlamentarische Untersuchungskommission prangerte zwar den sattsam bekannten Sachverhalt an, dass beispielsweise französische Militäreinsätze in Afrika dem Einfluss des Parlaments fast völlig entzogen sind. Als Konsequenz wurde daraus immerhin gezogen, dass die Nationalversammlung zustimmen muss, wenn solche Einsätze länger als vier Monate dauern. Bei kürzeren Militärinterventionen (nicht nur in Afrika) müssen die Abgeordneten aber weiterhin lediglich informiert werden, ohne die geringste Entscheidungsbefugnis in der Sache zu haben. Diese Unterrichtung muss zudem erst erfolgen, wenn der Militäreinsatz bereits begonnen hat. Die Opposition ließ es sich nicht nehmen, anlässlich dieser Beschlusslage von Geringschätzung gegenüber den Volksvertretern zu sprechen.

Die neue Lage am Golf von Guinea und im Maghreb, die Folgen des arabischen Frühlings allgemein, stellen eine Zäsur dar, die die französische Afrika-Politik vor neue Herausforderungen stellt und sie eigentlich geradezu dazu zwingt, endlich eine glaubwürdige und klare mittel- und langfristige Perspektive zu entwickeln. Wie der Besuch des madagassischen Übergangspräsidenten Andry Rajoelina in Paris Anfang Dezember 2011 oder der vom früheren Afrika-Berater Chiracs und Sarkozys Robert Bourgi im September 2011 aufgedeckte Skandal um jahrelange okkulte Finanzierung des Elysée durch afrikanische Potentaten zeigen, steht allerdings bislang der versprochene Bruch mit den inoffiziellen Seilschaften und anderen wenig salonfähigen Machenschaften der *Françafrique* nach wie vor noch aus.